



## Niederschrift

über die  
**6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und  
Soziales**  
am 27.05.2014  
in Besprechungsraum des Jobcenters, Bremer Straße 19, 27404 Zeven; vor Beginn der  
Sitzung findet in der Zeit von 14:00 Uhr bis 14:45 Uhr eine Besichtigung des  
Mehrgenerationen Hauses in Zeven (Godenstedter Straße 61, 27404 Zeven) statt

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Heinz-Günter Bargfrede  
Abg.e Angela van Beek  
Abg.e Doris Brandt  
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde  
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley  
Abg.e Ute Gudella-de Graaf  
Abg. Hans-Jürgen Krahn  
Abg. Ingolf Lienau  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Bernd Sievert  
Abg. Ulrich Thiart  
Abg.e Thea Tomforde  
Abg. Christian Winsemann

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Peter Bitomsky

#### **Verwaltung**

KVD´in Heike von Ostrowski  
Ltd. MD PD Dr. Frank Stümpel  
KA Antje Brünjes  
KOAR Harald Glüsing  
KI Ute Seiler  
KOI Phillip Bartels

Entschuldigt:

**Mitglieder des Kreistages**

Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt  
Abg. Reinhard Lindenberg

**Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Hüseyin Sarigül  
Herr Helmut Wilshusen

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung am 26.11.2013
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Konzept für ein Beschäftigungsangebot für Flüchtlinge als Teil der Willkommenskultur im Landkreis Harburg  
Vorlage: 2011-16/0775
- 6 Anfragen

### **b) nichtöffentlicher Teil**

- 7 Anfragen und Berichte

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vors. Lienau** eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Vors. Lienau** fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Da keine Änderungswünsche vorliegen, wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung am 26.11.2013**

---

**Vors. Lienau** stellt die Niederschrift über die 5. Sitzung am 26.11.2013 vor. Da keine Änderungswünsche vorliegen, stimmen die Mitglieder des Ausschusses ab.

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales vom 26.11.2013 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

**KVD'in von Ostrowski** berichtet zunächst über den Sachstand zur Erstellung des „kleinen Wohnraumberichts“. Sie erläutert, dass zwischenzeitlich zur Umsetzung der Entscheidung des Ausschusses ein Gespräch mit dem Niedersächsischen Landesamt für Statistik stattgefunden habe, die Verfahrensart zur Auftragsvergabe geprüft sei und derzeit die Vereinbarung über die Datennutzung mit den kreisangehörigen Kommunen erarbeitet werde, die voraussichtlich im Sommer abgeschlossen werden sollen. Sodann berichtet sie über die Förderung regionaler Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme). Der Abschluss der Vereinbarungen, so erläutert sie, werde voraussichtlich im Juni erfolgen.

Sodann berichtet **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** über aktuelle Vorhaben und Aktionen des Gesundheitsamtes. Zunächst berichtet er über den Aufbau eines Hygienenetzes für Problemkeime (MRSA). Beispielhaft erwähnt er ähnliche Netzwerke, teilweise mit einer EU-Förderung, aus den Regionen Münster/Osnabrück, Hannover und Braunschweig. Die Auftaktveranstaltung, die sich an Fachpublikum richte, werde in der kommenden Woche stattfinden. Die Teilnahme, so erklärt er weiter, sei freiwillig. Sodann weist er darauf hin, dass zudem eine Zusammenarbeit mit dem Landesgesundheitsamt statfinde und von dort Unterstützung geleistet werde. Schließlich führt er aus, dass weiterer Bericht folgen werde. Sodann berichtet er über den niedersächsischen Fachtag „Wohnen“, der am 15.10.2014 in Rotenburg mit dem Schwerpunkt „Wohnen im Alter mit Einschränkungen“ stattfinden werde. Dieser Fachtag, zu dem eine große Zahl von Teilnehmern erwartet werde, sei, so führt er aus, auch im Nachgang des Fachtages im Landkreis Rotenburg (Wümme) im letzten Jahr zu sehen. Er erläutert weiter, dass sich der Fachtag derzeit in der Planungsphase befände und das Land auch die Einladungen vornehme, wobei er keinen Einfluss auf die Einladungen des Landes habe. **Vors. Lienau** ist der Ansicht, dass aufgrund der Kostenlast für den Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Einladung der Ausschussmitglieder wünschenswert wäre. Sodann setzt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** seinen Bericht fort und erläutert das Projekt „SveN – Schwule Vielfalt erregt Niedersachsen“. Hierbei handele es sich, so erklärt er, um ein landesweites Programm mit dem Ziel, die Zielgruppe für dieses Thema zu sensibilisieren. Er berichtet weiter, dass das Ziel eine Beteiligung an diesem Programm sei und sich die Frage der Form der Beteiligung derzeit in der Abstimmungsphase befände.

Nachdem keine weiteren Berichte vorliegen, führt **Abg.e Brandt** unter Hinweis auf den der Sitzung vorangegangenen Besuch des MGH aus, dass aus ihrer Sicht der Name „RoSe“ im Zuge der Neuorganisation des Pflegestützpunktes erhalten bleiben solle. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** schließt sich dieser Auffassung an und erläutert, dass dem Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Fortsetzung der Namensführung möglich sei, da bereits zuvor diese Beratung installiert gewesen sei. Zudem, so erläutert er, sei eine Umbenennung, die vom Land angedacht sei, aufgrund fehlenden Wiedererkennungswertes unpraktisch. **Abg. Bargfrede** setzt sich dafür ein, für den Fall der Vorgabe eines anderen Namens durch das Land den Namen „RoSe“ als Zusatz weiterzuführen. Schließlich merkt **Abg. Thiart** an, dass er einen Bericht über die Entwicklungen in Hemslingen/Söhlingen gewünscht habe. Die Erörterung dieser Angelegenheit werde dann zu Punkt 6 der Tagesordnung als Anfrage erfolgen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Konzept für ein Beschäftigungsangebot für Flüchtlinge als Teil der Willkommenskultur im Landkreis Harburg**  
**Vorlage: 2011-16/0775**

---

**Vors. Lienau** stellt den Tagesordnungspunkt kurz vor und weist darauf hin, dass es anregend sei, über die Kreisgrenze zu schauen. **KVD'in von Ostrowski** erläutert, dass die Möglichkeit bestanden habe, sich beim Land für die Durchführung eines Pilotprojektes zur Willkommenskultur zu bewerben. Dies, so erklärt sie weiter, habe auch der Landkreis Rotenburg (Wümme) getan. Letztlich seien, so führt sie aus, neun Ausländerbehörden für die Durchführung von Projekten ausgewählt worden, zu denen der Landkreis Rotenburg (Wümme) jedoch nicht gehört habe. **KA Brünjes** präsentiert sodann den Inhalt des Projektes beim Landkreis Harburg, das Maßnahmenpaket Asylbegleitung beim Landkreis Rotenburg (Wümme) und die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe.

*Anmerkung zu Protokoll: Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt und über Session abrufbar. Das Konzept des Landkreises Harburg ist den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorgelegt worden und steht ebenfalls in Session zur Verfügung.*

Auf Nachfrage des **Vors. Lienau**, erläutert **KA Brünjes**, dass die Kosten bei einer Steigerung der Teilnehmer absolut steigen und sich relativ bezogen auf die Anzahl der Teilnehmer verringern. Sie ergänzt, dass sich derzeit beim Landkreis Harburg 38 Teilnehmer in einem Beschäftigungsangebot befänden, wobei sich diese Angebote in erster Linie auf den Raum Winsen/Luhe konzentrierten. Auf die Nachfrage von **Abg.e Brandt**, erläutert **KA Brünjes**, dass die Kosten für die Sprachkurse, die nicht im Konzept enthalten seien, beim Landkreis Harburg in jedem Fall gesondert entstünden. Sodann erläutert sie auf Nachfrage des **Abg. Genter-Mickley**, dass sich der im Konzept des Landkreises Harburg genannte Zeitraum von 3 Jahren auf die Durchführung des Projektes insgesamt und nicht auf die Teilnahmedauer eines einzelnen Teilnehmers beziehe. Auf die Nachfrage von **Abg.e Brandt**, worauf sich die Unterstützung für die Gemeinde bei der Unterbringung durch die Asylbegleiter beziehe, erläutert **KVD'in von Ostrowski**, dass es hier um das Ansinnen gehe, Wünsche des Asylbewerbers an die Gemeinde zu vermitteln. Schließlich erläutert **KA Brünjes** auf die Nachfrage von **Abg. Krahn**, dass die Bewerber freiwillig an dem Beschäftigungsangebot teilnehmen und nicht verpflichtend ausgesucht worden seien. Auf die Nachfrage von **Vors. Lienau**, ob auch die Asylbegleiter eine Unterstützung erhielten, erläutert **KVD'in von Ostrowski**, dass hierfür die Stabsstelle Kreisentwicklung zur Verfügung stünde. Sodann fragt **Abg. Genter-Mickley** nach, ob die Asylbegleitung das Ziel der Integration verfolge. Hierzu erläutert zunächst **KA Brünjes**, dass sich die Begleitung auf zwei jeweils vorgegebene Ergebnisse richtet, zum einen die Integration bei einer Anerkennung des Asylbewerbers und zum anderen auf eine Begleitung bei der Rückkehr in das Heimatland. **KVD'in von Ostrowski** ergänzt hierzu, dass die Integrationslotsen lediglich für Statusinhaber zuständig seien und dieser Status bei den Asylbewerbern nicht gegeben sei. Ziel sei daher, so führt sie weiter aus, den Bewerbern, in der Zeit ihres Aufenthaltes bis zur Anerkennung bzw. zur Ausreise eine niedrigschwellige Hilfe zur Verfügung zu stellen. Sie weist zudem darauf hin, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) bei der Ausbildung der Asylbegleiter der erste Landkreis in Niedersachsen mit einem solchen Konzept sei. **Abg.e Brandt** bewertet die Asylbegleitung als wichtige Aufgabe und eine Vorbereitung der Integration. **Abg. Bargfrede** begrüßt, dass sich der Landkreis Rotenburg (Wümme) dieser Aufgabe stellt und dankt den engagierten Bürgern. Auf Nachfrage von **Abg.e Brandt**, ob ausreichend Teilnehmer vorhanden seien, erläutert **KA Brünjes**, dass dies in Rotenburg zutreffend sei. Auf Nachfrage von **Vors. Lienau** zu den Berufen der Asylbegleiter weist **KA Brünjes** auf die Aufgabenverteilung und Aufgabenwahrnehmung durch die Stabsstelle Kreisentwicklung hin. **Abg.e Brandt** schlägt vor, in diesem Ausschuss weiter zu berichten. **KVD'in von Ostrowski** erläutert sodann kurz die organisatorische Zuordnung der Aufgabe. Auf Nachfrage des **Abg. Bargfrede** zur Übertragbarkeit des Konzepts des Landkreises Harburg auf den Landkreis Rotenburg (Wümme) erläutert **KA Brünjes**, dass es sich im Landkreis Harburg um langfristig aufgebaute Strukturen handele, die in dieser Form im Landkreis Rotenburg (Wümme) nicht vorhanden seien. **KOAR Glüsing** ergänzt dies mit dem Hinweis auf die auch unterschiedlichen Strukturen des dortigen Jobcenters. Er weist darauf hin, dass im Landkreis Rotenburg (Wümme) ein solches Projekt ohne zusätzliche Träger mit Hilfe des Jobcenters durchgeführt werden könnte.

Sodann bittet **Abg. Bargfrede** um einen Bericht zur Entwicklung der Anzahl, der Verteilung und der Aufenthaltsdauer der Asylbewerber in der nächsten Ausschusssitzung. **KA Brünjes** führt hierzu kurz aus, dass die Anzahl steige und noch in diesem Jahr mit einer Neufestsetzung der Verteilungsquote durch das Land zu rechnen sei. Nachdem **Abg.e Brandt** nachfragte, ob die Unterbringung in Ortschaften passend sei, führt **KVD'in von Ostrowski** aus, dass die Unterbringung durch die Kommunen vorgenommen werde und hier eine enge Abstimmung der Beteiligten erfolge.

**Abg. Thiar** fragt nach dem Stand des Themas der Gesundheitsprobleme im Raum Hemslingen/Söhlingen, von denen er aus der Zeitung erfahren habe. Zu dieser Anfrage führt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** aus, dass das Gesundheitsamt für die Prüfung von Bodenbelastungen nicht zuständig sei und zu dem staatsanwaltschaftlichen Verfahren keine weiteren Erkenntnisse vorlägen. Sodann berichtet er über die Tätigkeiten des Gesundheitsamtes in diesem Zusammenhang. So führt er aus, dass das Gesundheitsamt bei gesundheitlichen Fragen von allgemeinem Interesse tätig werde. In diesem Zusammenhang habe es bereits vor einigen Jahren nach Undichtigkeiten der Leitungen für das Lagerstättenwasser Beratungen und Untersuchungen bei Anwohnern gegeben, die nicht zu besorgniserregenden Ergebnissen geführt hätten. Er erläutert weiter, dass in Hemslingen/Söhlingen eine Unterschriftenliste zur Prüfung der Frage einer erhöhten Krebsrate in der Bevölkerung erstellt worden sei und hierzu nun in Abstimmung mit den örtlichen Bürgerinitiativen, dem Landesgesundheitsamt und dem Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen eine dezidierte Fragestellung erarbeitet werde, welche dann für die statistische Anfrage an das Krebsregister genutzt werden solle. Schließlich berichtet er über die Möglichkeit von umweltmedizinischen Beratungen, wobei es von Bedeutung sei, dass die Betroffenen nach einem Zwischenfall einen Arzt aufsuchen. Zudem, so führt er weiter aus, habe das Gesundheitsamt Brunnenwasseruntersuchungen angeboten und durchgeführt.

Auf Nachfrage von **Vors. Lienau** zur Möglichkeit der Entsorgung unverbrauchter Medikamente führt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** aus, dass es keine Rücknahmepflicht für die Apotheker gäbe und nun geübte Praxis die Entsorgung über den Hausmüll sei. **Abg.e Brandt** regt an, diese Frage im Ausschuss für Abfallwirtschaft zu erörtern.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Lienau** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:24 Uhr.

**b) nichtöffentlicher Teil- Anfragen und Berichte**  
Punkt 7 der Tagesordnung:

---

Da keine weiteren Berichte oder Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Lienau** die Sitzung um 16:25 Uhr.

Lienau  
(Vorsitzender)

von Ostrowski  
(Kreisverwaltungsdirektorin)

Bartels  
(Protokollführer)